

Vortrag zum Dissertationsprojekt
*Merkantiles Mäzenatentum – Außerstaatliche Kunst- und
Wissenschaftsförderung in Hamburg zwischen 1890 und 1945*

von

CLAUDIA SODEMANN-FAST,

gehalten am 14. Dezember 2006

in der *Universitäts-Gesellschaft Hamburg*

Das Thema meiner Dissertation ist die außerstaatliche Förderung von Kunst und Wissenschaft in Hamburg in der Zeit zwischen etwa 1890 und 1945. Gegenstand meiner Untersuchung sind vor allem Stiftungen, Vereine und Gesellschaften, aber auch Sammlungs- und Spendeninitiativen, Vermächtnisse oder sonstige Formen der Übereignung von Sach- oder Vermögenswerten zugunsten wissenschaftlicher oder kultureller Einrichtungen. Die *Universitäts-Gesellschaft Hamburg* - d. h. eigentlich nur ihre Vorläuferorganisationen – ist nur eine von rund 100 Einrichtungen, die ich in meiner Arbeit berücksichtige. Und bei der hohen Zahl an Untersuchungsobjekten erübrigt es sich fast anzumerken, daß ich keine vollständige Darstellung jedes einzelnen Förderwerkes anstrebe, sondern nur jene Aspekte herausgreife, die für die Beantwortung meiner zentralen Fragen von Belang sind. Doch was sind nun diese zentralen Fragen? Was genau, beabsichtige ich zu untersuchen?

In der wissenschaftsgeschichtlichen Forschung ist schon vor geraumer Zeit die These formuliert worden, daß an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert – genauer gesagt etwa in der Zeit zwischen 1890 und 1910 - die traditionellen Formen mäzenatischen Handelns allmählich von moderneren abgelöst wurden. Die Entwicklung vollzog sich weg von der herkömmlichen, uneigennütigen Individualförderung, hin zur zweckorientierten Projekt- oder Sachförderung: Nicht mehr der unterstützungswürdige Gelehrte oder Künstler, sondern die Wissenschaft oder die Kunst selbst standen nun im Vordergrund des Interesses.

Teil meiner Arbeit ist es daher, diesen Transformationsprozeß bezogen auf die Stadt Hamburg zu analysieren. Ich will zeigen wie sich die Formen und Strukturen traditioneller Kunst- und Wissenschaftspflege, die ich mit dem Schlagwort der „althamburgischen Munifizienz“ belegt habe, den Bedürfnissen einer sich wandelnden Gesellschaft anpaßten und wie daraus das entstand, was ich „merkantiles Mäzenatentum“ nenne. Die Frage ist also:

- Wie vollzog sich der Übergang zu den modernen Formen der Kunst- und Wissenschaftsförderung in einer Stadt, die zwar auf eine lange und umfangreiche Stiftungstradition zurückblicken, aber weder eine Akademie noch eine Universität oder sonstige höhere Bildungsstätten vorweisen konnte?
- Welche gesellschaftlichen Gruppierungen und Kreise waren an dieser Entwicklung beteiligt? Wie waren diese Akteure, ob Individuen oder Kollektive, untereinander vernetzt?
- In welchen Beziehungen standen private und staatliche Initiativen der Kunst- und Wissenschaftspflege? Mit welchen Rahmenbedingungen konnte staatlicherseits Einfluß genommen werden, um beispielsweise die Bürger zu einer stärkeren mäzenatischen Betätigung anzuregen?
- Und, um ein letztes Beispiel aus meinem umfangreichen Fragenkatalog vorzustellen, welchen Stellenwert nahm mäzenatisches Handeln im Bewußtsein der Gesellschaft ein? Und welche Bedeutung haben in diesem Zusammenhang Begriffe wie Ehre, Pflicht und Dankbarkeit?

Die Universitäts-Gesellschaft Hamburg in Zeit zwischen 1922 und 1945

In Hamburg, wo sich im Jahre 1919 universitäre Strukturen erst im Aufbau befanden, stand ein weites, fast könnte man sagen: zu weites Feld offen, auf dem sich ein Hochschulförderverein hätte betätigen können. Noch fehlte es an fast allem, und die hamburgische Gelehrsamkeit sah sich gezwungen, den akademischen Alltag über Jahre mit Provisorien einzurichten. Und so nimmt es nicht wunder, daß bereits im September 1919 - also vier Monate nachdem die *Alma mater hamburgensis* ihre Pforten geöffnet hatte – ein erster Anstoß zur Gründung einer hamburgischen Universitätsgesellschaft gegeben wurde.

Vermutlich ist dieser von **KURT PERELS (1878-1933)**, seinerzeit Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, ausgegangen, als er dem damaligen Rektor

KARL RATHGEN (1856-1921) einen Unterstützungsaufwurf der im Vorjahr gegründeten Kieler Universitätsgesellschaft mit der Bemerkung vorlegte, seine Magnifizenz möge erwägen, „*ob sich der Universitäts-Senat mit der Frage der Gründung einer Hamburgischen Universitäts-Gesellschaft beschäftigen soll.*“

Und obwohl der Senat die Gründung einer derartigen Gesellschaft als „*zweckmäßig*“ erachtete, geriet diese Angelegenheit – aus welchen Gründen auch immer - ins Stocken. Erst anderthalb Jahre später, im Mai 1921, schien die Sache wirklich in Gang zu kommen. Der Dekan der medizinischen Fakultät, HERMANN KÜMMELL (1852-1937), berichtete mit großem Optimismus im Senat von den laufenden Planungen und sah die neu zu errichtende Gesellschaft durchaus in der Lage, „*bedeutendere Mittel aufzubringen*“. Seine Absicht war, die „*bisher fernstehende Kaufmannschaft und sonstige Hamburger Kreise für unsere junge Universität zu gewinnen*“.

Und offensichtlich ist ihm dieses auch gelungen, denn im Februar 1922 wurde ihm, der inzwischen das Rektoratsamt übernommen hatte, offiziell die Gründung der *Gesellschaft der Freunde der Hamburgischen Universität* durch deren Vorstand mitgeteilt. Diesen bildeten zu jener Zeit Senator **MAX SCHRAMM (1861-1928)** als Vorsitzender, sein Sozium in der Rechtsanwaltskanzlei OTTO DEHN (1852-1925) als stellvertretender Vorsitzender sowie sein späterer Partei- und Amtskollege, der Notar PAUL DE CHAPEAUROUGE (1876-1952) als Schriftführer.

Die Gesellschaft hoffte, so war in dem besagten Anschreiben zu lesen, „*ein wertvolles Bindeglied zwischen der Universität und der hamburgischen Bevölkerung vor allem den führenden Kreisen der Kaufmannschaft zu werden und dadurch in gleicher Weise der Universität, wie dem hamburgischen wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu dienen*“. Der mit 25 Mark festgesetzte Jahresbeitrag lag zwar deutlich über denen anderer wissenschaftlicher Gesellschaften, dürfte aber gerade noch vertretbar gewesen sein.

Nach dieser Aufforderung tat auch Rektor KÜMMELL sein Möglichstes, um der Gesellschaft neue Anhänger zuzuführen. Nachdem bereits der Universitätssenat geschlossen seinen Beitritt erklärt hatte, wurde dieses auch von den übrigen

Mitgliedern des Lehrkörpers erwartet, wie KÜMMEL in einem Rundschreiben betonte.

Doch von den 250 Lehrbeauftragten, die im Sommersemester 1922 an der Hamburger Hochschule tätig waren, fühlten sich lediglich 55 Personen – einschließlich des siebzehnköpfigen Senats - von dem Schreiben des Rektors angesprochen und traten dem neuen Förderverein bei. Die Herren der Universität – Damen befanden sich zu jener Zeit noch nicht darunter – stellten im übrigen etwas mehr als ein Drittel aller Mitglieder, deren Zahl sich im April 1922 auf 148 Personen belief. Für die umfassenden Aufgaben, die sich die Gesellschaft gestellt hatte, reichte das bei weitem nicht aus. So hieß es also, weitere Mitstreiter für die gute Sache zu gewinnen. Aber alle Bemühungen, der jungen Fördergesellschaft neue und vor allem zahlungskräftige Mitglieder zuzuführen, blieben gerade in den Inflationsjahren ohne Erfolg.

Schwerer noch als alle vergeblichen Rekrutierungsmaßnahmen wog die Tatsache, daß die Gesellschaft allmählich auch nach innen an Rückhalt verlor bzw. jene Kreise, die eigentlich von ihrer Fördertätigkeit hätten profitieren können, nicht erreichte: Noch immer war die Zahl der Universitätsangehörigen unter den Mitgliedern geringer als erwartet, und die wenigen, die sich bereits angeschlossen hatten, nahmen beispielsweise von den Vortragsveranstaltungen kaum Notiz. Im Februar 1923 wandte sich daher Schriftführer CHAPEAUROUGE an OTTO LAUFFER, dem damaligen Rektor der Universität, mit der dringenden Bitte, unter den Dozenten noch stärker für die Belange der Gesellschaft zu werben, da sonst die Gefahr bestünde, *„daß die Herren der Kaufmannschaft, die sich für die Gesellschaft interessieren, ihr Interesse verlieren, wenn sie sehen, daß die Universität selbst ihre Veranstaltungen nicht hinreichend beachtet.“*

Mitte der Zwanziger Jahre, als die unmittelbaren Folgen von Krieg und Inflation halbwegs überwunden waren und sich die wirtschaftliche Lage – insbesondere die des Außenhandels - durch den konjunkturellen Aufschwung merklich besserte, hätten sich eigentlich auch die Vorzeichen für die *Gesellschaft der Freunde* vom

Negativen ins Positive umkehren können. Und seitens der Gesellschaft war man durchaus gewillt, auch neue Wege zu beschreiten: Mit Beginn des Jahres 1924 öffnete sie sich mit einem Teeabend im *Hotel Atlantic* erstmals einem breiteren Publikum. Eine „*Reihe künstlerischer Darbietungen*“ sowie Vorträge von Bürgermeister CARL PETERSEN und Rektor EMIL WOLFF rundeten das abendfüllende Programm ab. Ob sich die Hoffnung der Gesellschaft erfüllt hat, auf diese Weise die Mitgliederzahl zu erhöhen, ist fraglich. Mit Sicherheit dürfte der finanzielle Gewinn dieser Veranstaltung für Ernüchterung gesorgt haben: Es wurden nur knapp 350 Mark eingenommen. Als positive Bilanz zog man aus diesem Abend jedoch, in Zukunft mit öffentlichen Vorträgen das Interesse an der Universität und der Gesellschaft wecken zu wollen. Erste Vortragsveranstaltungen waren für den Beginn des nächsten Jahres geplant.

Doch dazu ist es wahrscheinlich gar nicht mehr gekommen, denn noch im Sommer 1924 wurde im Vorstand „*die Frage des weiteren Schicksals der Universitäts Gesellschaft*“ erörtert. Vermutlich wurde zu diesem Zeitpunkt beschlossen, die Aktivitäten der Gesellschaft vorläufig einzustellen, ohne jedoch von den mittlerweile 220 Mitgliedern einen förmlichen Auflösungsbeschluss zu erwirken.

Zwei Jahre später, genauer gesagt im Sommer 1926, wurden verstärkte Anstrengungen zur Reorganisation unternommen. Als vordringliche Aufgabe galt es nun, einen neuen Vorstand zu bilden: Der bisherige zweite Vorsitzende, OTTO DEHN, war im Vorjahr verstorben, und beim ersten Vorsitzenden, MAX SCHRAMM, zeigten sich vermutlich erste Anzeichen von Amtsmüdigkeit oder Arbeitsüberlastung: Seit 1925 bekleidete er neben seinem Senatorenamt zusätzlich das des Zweiten Bürgermeisters, das ihm unter anderem zahlreiche repräsentative Verpflichtungen auferlegte und kaum ein stärkeres, zeitliches Engagement für die Belange der Universitätsgesellschaft erlaubte. So ist nicht auszuschließen, daß er aus persönlichen Gründen darum gebeten hatte, vom Vorsitz entbunden zu werden. Und auch der Schriftführer der Gesellschaft, PAUL DE CHAPEAUROUGE, der bislang einen Großteil der administrativen Aufgaben übernommen hatte und 1925 in den

Senat gewählt worden war, zog sich im September 1926 aus dem Vorstand zurück. Dem designierten Vorsitzenden, der – laut CHAPEAUROUGE - „aus den führenden Wirtschaftskreisen“ stammte, war damit jede Möglichkeit zur personellen Neubesetzung der Führungsriege gegeben.

Wer aber war dieser Mann, auf den nun die Gesellschaft ihre Hoffnung setzte? Es war der mittlerweile 67jährige **ARNDT VON HOLTZENDORFF (1859-1935)**, der bereits seit einigen Jahren aus dem Berufsleben ausgeschieden und zu jener Zeit, als ihm die Leitung der Universitätsgesellschaft angetragen worden war, auch den Vorsitz im Übersee-Club führte.

HOLTZENDORFF lud also im Dezember 1926 einen Personenkreis, von dem er annahm, daß sich „große Freunde der Universität“ darunter befänden, zu einem der obligatorischen Herrenabende des Übersee-Clubs ein. An diesem Abend sollte, so der Wunsch HOLTZENDORFFS, nicht das Einwerben von Geldern oder Mitgliedern im Vordergrund stehen, sondern lediglich ein Meinungs austausch darüber stattfinden, ob die gemeinsamen Interessen von Wirtschaft und Wissenschaft ausreichten, um die Gesellschaft „neu zu beleben“. Und vermutlich hat an jenem Abend ein Abgleich der Interesse auch zu dem erhofften Ergebnis geführt. Noch im selben Monat verfaßte nämlich der Tropenmediziner BERNHARD NOCHT einen Aufruf, in dem sich der erneuerte Förderverein, der nun den Namen *Hamburgische Universitäts-Gesellschaft* trug, erstmals an die Öffentlichkeit wandte. Zentrales Anliegen der wiederbelebten Gesellschaft war, eine enge, fast könnte man sagen, symbiotische Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft herzustellen, um so die noch immer als Fremdkörper empfundene Universität tief in den städtischen Organismus zu verwurzeln.

Als Hauptziele der Gesellschaft wurden drei Punkte satzungsmäßig verankert:

1. eine „größere Annäherung Hamburgs an seine junge Universität, sowie [die] gegenseitige Förderung von Wissenschaft und Praxis“

2. die „*Pflege der wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen Deutschlands zum Auslande*“ sowie
3. die „*Gewährung von Unterstützungen für einzelne Zwecke, insbesondere für [die] Studentenhilfe und für die Förderung der Auslandsaufgaben der Universität*“

Dieses alles sollte erreicht werden durch Vortragsveranstaltungen, gesellschaftliche Veranstaltungen und Zusammenkünfte sowie durch eine umfassende Werbetätigkeit.

Letztere konzentrierte sich in den Folgejahren vor allem auf die Rekrutierung neuer Mitglieder und Förderer. Unter dem Vorsitz von Generalkonsul **FLORIAN FRANZ RICHTER (1858-1933)**, der ab Mai 1928 die Geschicke der Gesellschaft lenkte, wurden turnusmäßig die verschiedensten Bevölkerungskreise aufgefordert, ihr Scherflein zum Gelingen des Förderwerks beizutragen: Beispielsweise wurde im Sommer 1927 abermals den Mitgliedern des Lehrkörpers der Beitritt zur Universitätsgesellschaft „*dringlich*“ empfohlen. Im Frühjahr 1928 waren es die Bürger Hamburgs, an die ein beschwörender Appell gerichtet wurde, die Gesellschaft tatkräftig zu unterstützen. Zwei Jahre darauf glückte mit der Gründung der Ortsgruppe Lübeck schließlich ein Unterfangen, das noch zu Zeiten der *Gesellschaft der Freunde* vorbereitet worden war. Im März 1933, wurden vorrangig jene Hochschulabsolventen, die gerade die Doktorwürde erlangt hatten, zum Beitritt ermutigt, und ein halbes Jahr später waren es schließlich „*die Mitglieder der Altherrenschaften der hiesigen Corporationen*“, die verstärkt angesprochen wurden. Als mittelbarer Erfolg dieser Bemühungen zeigte sich im Bereich der Mitgliederzahlen zwar ein gemächlicher, aber durchaus konstanter Aufwärtstrend ab: 1927 war die neubelebte Gesellschaft mit 320 Mitstreitern angetreten, vier Jahre später waren es knapp 190 Personen mehr.

Daß sich ein Anstieg der Mitgliederzahlen vor allem in den Vermögensverhältnissen der Gesellschaft widerspiegelte, erübrigt sich fast zu bemerken. Dementsprechend konnte auch im Bereich der materiellen Förderung so manches Projekt verwirklicht werden. Ein fulminanter Anfang war gemacht, als bereits im

ersten Geschäftsjahr der wiederbelebten Gesellschaft alles in allem 20 000 Mark für den Ausbau eines Studentenhauses bereitgestellt werden konnte.

Allmählich wurde die *Hamburgische Universitäts-Gesellschaft* zu dem, was sie sich von Anbeginn auf die Fahnen geschrieben hatte, nämlich zum „*Bindeglied zwischen Universität und Bürgertum*“. Und um den angestrebten Lückenschluß zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft so angenehm wie nur möglich zu gestalten, wurde zu Jahresbeginn 1928 zum ersten Gesellschaftsabend seit der Inflation eingeladen. Anscheinend war dieser Veranstaltung ein glänzender Erfolg beschieden, denn ermutigt durch den positiven Verlauf dieser Zusammenkunft, wurde noch im November desselben Jahres das erste Winterfest der Gesellschaft begangen. Mehr als 8 500 RM flossen als Erlös dieses Abends in die Kassen der Studentenhilfe.

Im Februar 1932 stand das nunmehr obligatorische Winterfest im Uhlenhorster Fährhaus erstmals unter dem Motto „*Ho-Schu-De-Hei*“. Was es mit dem fremdländisch klingenden Wahlspruch auf sich hatte, konnten die geladenen Gäste dem Einladungsschreiben entnehmen:

„Um den schwerlastenden Druck dieser Zeitläufe ein Paroli zu bieten, soll diese Veranstaltung als Ballfest unter dem fröhlich klingenden Signal Ho-Schu-De-Hei, d. i. Hohe Schule der Heiterkeit vor sich gehen.“

Gegen ein Eintrittsgeld von 5 Mark wurde den Gästen ein akademisches Allotrium höchsten Grades versprochen. Damit die „*doctores humoris causa*“ vollends auf ihre Kosten kamen, wurden nicht nur die üblichen Tanz- und Gesangsvorführungen angekündigt; nein, auch „*Lehrstühle für angewandte Heiterkeit*“ sollten „*an allen Ecken und Enden*“ errichtet werden. Zwar fiel der finanzielle Ertrag des Abends mit rund 2 400 RM deutlich geringer als aus noch vor drei Jahren, aber der inzwischen schöne Brauch des Winterfestes wurde auch in den kommenden Jahren – wiewgleich mit weiter sinkenden Einnahmen – fortgesetzt.

Das Jahr 1933 begann indes für die *Hamburgische Universitäts-Gesellschaft* mit einem weniger erfreulichen Ereignis: Im Februar verstarb der Vorsitzende der Gesellschaft, FLORIAN FRANZ RICHTER, im Alter von 75 Jahren. Bis zur Wahl eines Nachfolgers übernahm vermutlich der zweite Vorsitzende, und das war der mittlerweile über 80jährige HERMANN KÜMMELL, die Führung der Gesellschaft. Und vielleicht ist das ehrwürdige Alter dieser Herren auch als ein Grund dafür anzusehen, daß der Universitätsgesellschaft, die nach ihrer Neugründung eine kurzzeitige Blüte erfahren hatte, seit langem wieder der nötige Schwung fehlte: Die Mitgliederzahlen waren stark rückläufig, und daraus resultierend dezimierte sich auch der Vermögensbestand drastisch; kurzum: Die Gesellschaft führte zu jener Zeit, wie es der damalige Rektor EBERHARD SCHMIDT formulierte, „*ein ziemlich kümmerliches Dasein*“.

Und so dürfte ein Generationenwechsel an der Spitze der Gesellschaft, wie er schließlich im Juni 1933 vollzogen wurde, allseits begrüßt worden sein. Zum neuen Vorsitzenden wurde nun der Kaufmann und Bankier **CORNELIUS V. BERENBERG-GOSSLER (1874-1953)** gewählt.

Im August 1933 wandte sich der neue Vorstand erstmals an die Mitglieder mit der Bitte, eine erneute Werbekampagne tatkräftig zu unterstützen. Bemerkenswert an diesem Aufruf ist weniger der x-te Versuch, Mitglieder anzuwerben, sondern die neue Zusammensetzung des Vorstandes: Es fehlte der Name von Staatsrat ALEXANDER ZINN, der in den Zwanziger Jahren – wenn es damals dieses Amt schon gegeben hätte – zweifelsohne Hamburgs Kultursenator gewesen wäre, es fehlte der Name des Sozialdemokraten und ehemaligen Bürgermeisters RUDOLF ROß, und es fehlte der Name des Bankiers ERIC WARBURG, und daß, obwohl GOSSLER noch am Tage seiner Wahl geradezu euphorisch in seinem Tagebuch notiert hatte: „*Alles geht glatt, die Juden bleiben im Vorstand.*“

Als neuer Name tauchte dagegen der des Historikers **ADOLF REIN (1885-1979)** auf, der bereits 1922 als Mitglied des Universitätssenats in die *Gesellschaft der Freunde* eingetreten war, aber seit etwa 1925 nicht mehr in den Listen geführt wurde. Ohne

jemals den Posten des Vorsitzenden oder den des Stellvertreters eingenommen zu haben, gelang es REIN – gewissermaßen als „graue Eminenz“ –, starken Einfluß auf die Entscheidungen des Führungsgremiums auszuüben. Er ist als die treibende Kraft anzusehen, die nach der „Arisierung“ auch die Gleichschaltung des Vorstandes und damit die reibungslose Umwandlung der Universitätsgesellschaft in eine NS-konforme Organisation systematisch vorbereitete.

Nach seiner Wahl zum Rektor im Oktober 1934 beschäftigte REIN sich nicht nur intensiv mit der Umgestaltung der *Hamburgischen Universität* zur *Hansischen Universität*, sondern auch mit dem Aufbau eines neuen Fördernetzwerkes, dem er den gleichfalls programmatischen Namen *Hansischer Hochschulring* beilegte. Als Vorbild diente ihm der 1934 in Göttingen gegründete *Hochschulkreis Niedersachsen*, der sich als „*Sammelbecken aktiver und entschlossener Nationalsozialisten in der Hochschule*“ verstand.

Auch REIN trug sich mit dem Gedanken, seinen *Hochschulring* personell mit NSDAP-Funktionären höchsten Ranges zu besetzen; anvisiert waren beispielsweise RUDOLF HESS sowie dessen Protegé, ERNST WILHELM BOHLE. Für das Amt des Vorsitzenden bemühte sich REIN „*eine Persönlichkeit zu gewinnen, die gleichzeitig in Hamburg eine führende Rolle innehatte, [...] zu Partei und Staat enge Verbindungen herzustellen vermochte*“ und die „*über gute Fühlung zur Wirtschaft verfügt[e]*“. Er fand dies in der Person von Staatsrat **EMIL HELFFERICH (1878-1972)** vereint – seinerzeit unter anderem Aufsichtsratsvorsitzender der HAPAG.

Doch wichtiger als die Zusage eines möglichen Führungskandidaten, war etwas anderes: Noch fehlte ein wesentlicher, um nicht zu sagen der wichtigste Baustein für REINS ehrgeiziges Vorhaben, und zwar die Zusage der *Hamburgischen Universitätsgesellschaft*. In einem Schreiben an seinen Verbindungsmann zum *Hochschulkreis Niedersachsen* bemerkte REIN dazu folgendes:

„*Das Kernproblem ist ja zunächst, wie die Universitätsgesellschaft in den neuen Formen aufgeben soll. Dies alles teile ich Ihnen einstweilen noch streng vertraulich mit, damit nicht durch vorzeitiges Bereden irgendwelche Querschläger in die Verhandlungen*

hineinkommen; denn wir sind auf vollkommen freie Entschlüsse der Universitätsgesellschaft angewiesen.“

Und um einerseits das für nationalsozialistische Machtergreifungen so charakteristische Prinzip der Scheinlegalisierung zu wahren, da andererseits keine rechtliche Handhabe bestand, die Gesellschaft zwangsweise zu annektieren, bemühte sich REIN, den Vorstand für sein Projekt zu gewinnen. In einem Schreiben an GOSSLER legte er ausführlich die Aufgaben dieser neuen Organisation dar und stellte schließlich die Frage, *„ob nicht zweckmäßigerweise die Universitätsgesellschaft in den größeren Rahmen des ‚Hansischen Hochschulrings‘ sich eingliedert und darin aufgeht.“* Und nachdem REIN in einem persönlichen Gespräch nochmals für die Gründung eines Hochschulringes plädiert hatte, gab der Vorsitzende schließlich sein Einverständnis, bevor auch die Gesellschaft in einer Mitgliederversammlung im Juli 1935 den Beschluß zur *„Namens-Änderung [...] in ‚Hansischer Hochschulring‘*“ sowie zur Änderung der Satzung einstimmig faßte.

REIN hatte seinem *Hochschulring* weitreichende Aufgaben zugewiesen. Gemäß § 2 der Satzung – die natürlich auf das Führerprinzip ausgerichtet worden war - sollte die neue Organisation *„eine Brücke [...] bilden zwischen der Universität Hamburg und dem hansischen Lebensraum“*, sie sollte *„mit[...]wirken an der Pflege der wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zum Ausland“*, und sie sollte *„Mittel ein[...]werben für die Förderung von Zwecken, welche im Rahmen der hansischen Universitätsarbeit liegen“*.

Durch die Bildung der drei Ortsgruppen Hamburg, Bremen und Lübeck versprach sich REIN nicht nur einen gehörigen Mitgliederzuwachs, sondern hier dürfte vor allem der Ausschließlichkeitsanspruch, wie er für das nationalsozialistische Vereinswesen gefordert war, von Bedeutung gewesen sein: Zur Konzentration der Kräfte sollten möglichst nicht zwei Vereine gleicher Art nebeneinander wirken. Daher wurde nicht nur die Zweigstelle Altona der *Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft* im Sommer 1937 dem *Hochschulring* eingliedert, sondern auch kleinere Fördervereine, wie etwa der *Freundeskreis der Germanischen Seminare* an der Hamburgischen Universität, wurden aufgefordert, den *„Anschluß an das Ganze“* zu

suchen. Überdies existierten sogar Pläne, sämtliche wissenschaftliche Vereine und Gesellschaften Hamburgs, u. a. auch die *Hamburgische Wissenschaftliche Stiftung*, zusammenzufassen und dem *Hochschulring* zu unterstellen.

Um sein ehrgeiziges Vorhaben durchzusetzen, „*die Mitgliederzahl alsbald auf 1000 zu bringen*“, war REIN gewillt, durchaus unkonventionelle Wege zu beschreiten. Ein erster Schritt dahin war die im Juni 1936 eingeführte Zwangsmitgliedschaft der Universitätsdozenten. Um auch die Zahl der Förderer zu erhöhen, wurde 1938 schließlich ein professioneller Werber eingesetzt, der auf Provisionsbasis insbesondere bei Wirtschaftsunternehmen Beiträge für den *Hochschulring* einkassieren sollte. Auch Firmen, die als Behördenlieferanten fungierten, gerieten nun ins Visier der Mitgliederwerbung, und im Falle, daß sich eines dieser Unternehmen trotz wiederholter Aufforderung weigerte, dem *Hochschulring* beizutreten, erließ Rektor REIN die Dienstanweisung „*Künftig keine Aufträge mehr an*“ die betreffenden Firmen zu erteilen. Brachiale, amtsanmaßende Methoden wie diese brachten ihn schließlich seinem Ziel ein Stück näher: Ende 1938 hatte sich zwar die Zahl der Mitglieder gegenüber 1936 nur um etwa 40 auf insgesamt 491 Personen erhöht, aber die der Förderer hatte sich innerhalb eines Jahres von 55 auf 101 fast verdoppelt. Aber um es vorwegzunehmen: Die von REIN geforderte Tausendermarke erreichte der *Hochschulring* nie.

Auch nachdem REIN aus dem Rektorenamt ausgeschieden war, konnte der *Hochschulring* weiterhin auf die Unterstützung der Universitätsleitung zählen. Potentielle Förderer, die sich den üblichen Werbungsbemühungen gegenüber resistent zeigten, wurden schließlich als Ehrengäste des Rektors zu repräsentativen Veranstaltungen der Universität eingeladen. Mit dieser „*kleinen Konzession an die menschliche Eitelkeit*“ hoffte der *Hochschulring* bei dem einen oder anderen Wirtschaftsführer doch noch „*zu einer Spende zu kommen*“.

Gelegenheiten, auf denen man möglichen Financiers die Honneurs hätte machen können, wurden mit Kriegsbeginn ohnehin selten, um nicht zu sagen rar: Das traditionelle Winterfest zugunsten des Studentenwerkes war ein letztes Mal im

Januar 1936 veranstaltet worden. Dem Einladungsschreiben war damals zu entnehmen, daß das Fest wie gewohnt einen „*heiter-fröhlichen Charakter*“ tragen sollte. Ein Angelteich und „*drei schmissige Tanzkapellen*“ mögen ihren Teil zum Gelingen des Festes beigetragen haben, doch hatten sich bereits im Vorfeld und unmittelbar nach der Veranstaltung kritische Stimmen erhoben, die wohl dazu führten, daß diese Form der öffentlichkeitswirksamen Geselligkeit aufgegeben wurde. So nahm beispielsweise ein Assistent am Strafrechts-Seminar und zugleich SA-Sturmführer Anstoß an der Bekleidungsempfehlung:

„Ich kann nicht umhin, Ihnen mitzuteilen, daß der Passus, ‚darum wird neben Gesellschaftsrobe, Frack und Smoking auch wieder eine dezent phantasievolle Kostümierung zugelassen sein‘, nicht dem Geist unserer Zeit entsprechen dürfte. [...] Als alter Nationalsozialist bin ich der Meinung, daß es nicht so sehr auf den Anzug ankommt, sondern vorwiegend, und ich möchte beinahe sagen allein, auf den Menschen, der in diesem Anzug steckt. Dies gilt auch insbesondere in unserer heutigen Zeit der wirtschaftlichen Not für die Veranstaltung akademischer Feste, und gerade der Akademiker ist verpflichtet, heute nichts zu tun, was an den alten bürgerlichen Standesdünkel erinnert.“

Auch die *Hansische Hochschulzeitung* hob mit einer gewissen Genugtuung hervor, daß die Mehrzahl der Gäste die Garderobevorschriften „*gründlich übersehen*“ hatte und im „*dunklen Anzug*“ oder aber in der „*Ausgebuniform unserer Soldaten*“ erschienen war.

Es war, wie bereits erwähnt, das letzte Fest dieser Art. Und wenn Kritiker an den Winterfesten eine „*gewisse Ausschließlichkeit*“ oder Exklusivität bemängelten, dann können die nachfolgenden Formen der Geselligkeit eigentlich nur als „*Verköstigung der Elite*“ bezeichnet werden: Ab 1938 – eventuell auch schon früher – lud HELFFERICH alljährlich die Mitglieder und Förderer sowie solche, die es einmal werden könnten, zum abendlichen Diner auf einen Hapag-Dampfer ein. Und die geladenen Gäste zeigten sich für diese Geste erkenntlich, indem sie nicht gerade reichlich, aber doch recht ansehnliche Summen spendeten. Doch bereits im zweiten Kriegswinter konnte die gemeinsame Mahlzeit nur noch in „*abgespeckter*“

Form stattfinden: Dieses Mal bat HELFFERICH nur noch den Vorstand und den Rat des *Hochschulringes* zu einem gemeinsamen Frühstück, wobei „*Brotkarte und 20 gr. Fettmarke*“ von den Gästen mitzubringen waren.

Ein weiteres, probates Mittel, um für den *Hochschulring* zu werben, waren Vortragsveranstaltungen, die sowohl von der Organisation selbst, als auch von den Arbeitsgruppen - *Hansische Arbeitsgemeinschaft für Internationales Recht*, *Gesellschaft der Kaufleute* und *Forensisch-biologische Vereinigung* - mehrmals jährlich durchgeführt wurden und zum Teil außerordentlich gut besucht waren. Ein Blick auf die Vortragstitel muß an dieser Stelle genügen, um einen Eindruck von dem Gehalt des gesprochenen Wortes zu gewinnen: „*Die Rolle der Neutralen in einem künftigen Kriege*“ war beispielsweise eine Rede aus dem Jahr 1936, „*Der Rassegedanke im Kolonial-Recht*“, „*Verbrechen und Vererbung*“, „*Verminderte Zurechnungsfähigkeit und Psychopathie*“ - alle aus dem Jahr 1937 -, und 1940 wurde über eine SS-Forschungsexpedition nach Tibet berichtet.

Neben dieser Art von Vorträgen, deren Tendenz wohl als eindeutig zu bezeichnen ist, kamen natürlich auch seichtere Themen zur Sprache. Zu Bedenken ist aber, daß es in der Zeit des Nationalsozialismus aufgrund der totalitären Herrschaftsauffassung kaum möglich war, unpolitische Reden zu halten – schon gar nicht in aller Öffentlichkeit. Und mit Kriegsbeginn verschärfte sich diese Situation nochmals. So nahm beispielsweise Rektor KEESER in einem Schreiben an den *Hochschulring* Anstoß an einem im Herbst 1942 gehaltenen Vortrag über Ernährungsfragen:

„Jede öffentliche Erörterung unserer Ernährung sollte, wenn sie nicht notwendig ist, zur Zeit vermieden werden, denn wenn wir von der ‚erstrebenswerten Ernährungsweise‘ sprechen, müssen wir bezw. unsere Hörer feststellen, daß sie zur Zeit aus kriegsbedingten Gründen nicht durchführbar ist. Die Aufgabe des Hochschulrings kann nicht sein, seine Hörer zu den Schwierigkeiten des Alltags mit neuen Sorgen zu belasten, sondern er soll gerade gegenwärtig sie von den Sorgen des Alltags ablenken, beispielsweise durch Vorträge über das deutsche Geistes- und Kulturleben.“

Einwände dieser Art wurden vom *Hochschulring* sehr ernst genommen, und man bemühte sich nach Kräften, der Empfehlung des Rektors zu entsprechen. So wurde denn auch wenige Monate später mit einer gewissen Genugtuung im Protokoll vermerkt, daß sich der Charakter der Vortragsveranstaltungen gewandelt habe:

„Die früher nur als Werbemittel durchgeführten Veranstaltungen dienen jetzt auch der Stärkung der Durchhaltekraft der Bevölkerung. Mit Rücksicht auf die vorwiegend weibliche Zuhörerschaft bei den Vorträgen ist das Gewicht mehr auf kulturelle als auf politische Vorträge gelegt worden.“

Nachdem aber Reichsstatthalter KAUFMANN gerade diese Art der Vorträge – insbesondere einen von dem angesehenen Anglisten EMIL WOLFF dargebrachten Zyklus über Shakespeare – beanstandet hatte, wurden auch diese letzten, öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen des *Hochschulringes* eingestellt.

Materielle Förderungen in Form von Forschungsbeihilfen in pekuniärer und sachlicher Gestalt lassen sich bis 1941/42 sicher belegen. Danach scheiterte vor allem die Gewährung von Sachbeihilfen an den Kontingentvorschriften der Kriegswirtschaftsstelle im Reichsforschungsrat. Und so ergab sich für den *Hansischen Hochschulring* die paradoxe Situation, zwar über immens steigende Einnahmen zu verfügen, diese aber der Wissenschaft nicht zweckdienlich zur Verfügung stellen zu können. So wurde denn auch in diesem Bereich jegliches Engagement für die Dauer des Krieges zurückgestellt, und erst gegen Ende des Jahres 1946 sah sich der Förderverein, der nunmehr den Namen *Universitäts-Gesellschaft Hamburg* angenommen hatte, in der Lage, seinen satzungsmäßigen Zwecken zu entsprechen.